Die Eröffnung

Festung Europa – Interkulturelles Europa

Es ist noch nicht lange her, knappe vier Jahre, da entwarf Michail Gorbatschow das Bild des «europäischen Hauses». Er suggerierte damit ein Europa der offenen Türen und offenen Fenster, mit vielen Räumen, grossen und kleinen, alle unter einem Dach. Das Dach sollte die gemeinsame politische und wirtschaftliche – marktwirtschaftliche – Verantwortung für eine friedliche und demokratische Zukunft nach dem Ende der sowjetischen Diktatur und nach dem Ende der Ost-West-Spaltung sein. Eine gemeinsame soziale Verantwortung wurde nicht ins Auge gefasst. Der «freie Markt» würde die Fragen des Wohlergehens von selbst entscheiden.

Maja Wicki*

Die Vorstellung erwies sich als Traum. Inzwischen haben in Mittel- und Osteuropa nationalistische Ambitionen und populistische Aufhetzung kulturelle Zerstörung und menschliches Leid in furchtbarem Ausmass geschaffen: Krieg, Bürgerkrieg und schier unlösbare Minoritätenprobleme. Millionen von Menschen sind auf der Flucht, 3 Millionen allein aus dem ehemaligen Jugoslawien (etwa 5000 von ihnen wurden von der Schweiz aufgenommen). In allen Ländern hat sich die Versorgungslage auf dramatische Weise zugespitzt. Damit einher gehen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Verelendung grosser Massen, während eine dünne Schicht Erfolgreicher vom Wandel profitiert.

Aber nicht nur im ehemaligen «Osten», auch im «Westen» breiten sich Rassismus, Antisemitismus und Demokratieverdrossenheit aus, eine sich steigernde gewalttätige Ungeduld langsamen Prozessen gegenüber, die die entmutigende Gegenwart zu einer für alle lebbaren Zukunft verändern könnten: Auch hier wachsen rechtsradikale Parteien an, blähen sich auf, kanalisieren die Ratlosigkeit und Wut der wirtschaftlich Benachteiligten auf rassistische und nationalistische Einspurigkeit. Sie beeinflussen damit auf massgebliche Weise Abstimmungen und Wahlen, in unseren Nachbarländern ebenso wie bei uns in der Schweiz. Kurz, eine Destabilisierung gefährdet Europa, wie sie seit der unmittelbaren Nachkriegsperiode nie mehr registriert wurde. Die jüngsten Entwicklungen in Russland machen erneut deutlich, wie schnell die prekäre Hausordnung endgültig in Brüche gehen könnte.

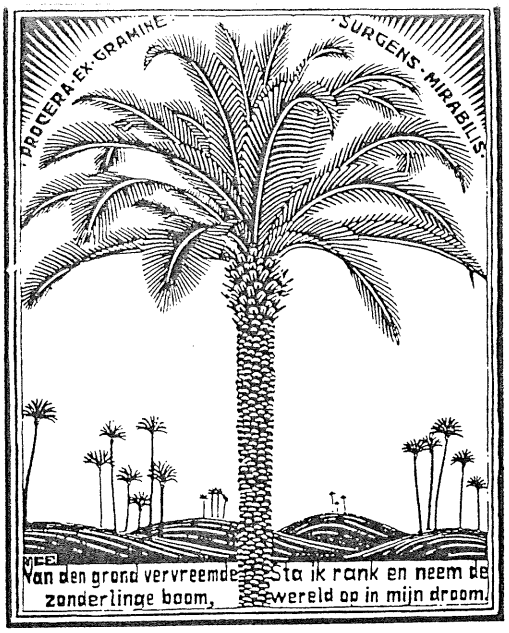
Eine Milliarde Menschen hungernd

Gleichzeitig sind Millionen von Menschen ausserhalb von Europa in Bewegung: eine Völkerwanderung der Vertriebenen, Flüchtenden und Elenden, die in den europäischen Staaten, auch in der Schweiz, grosse Ängste weckt. In der letzten Märzwoche kam in Genf eine internationale Konferenz zusammen, auf der die Probleme der Migration in Vorbereitung einer UNO-Konferenz über Bevölkerung, die 1994 in Kairo stattfinden soll, ausgebreitet wurden. Dabei wurde die Zahl von 60 Millionen Menschen, genannt, die aus Afrika sowie aus Osteuropa in den nächsten Jahren auf Europa zuströmen könnten. Nach Evaluationen der UNO muss weltweit mit einer Milliarde Menschen gerechnet werden, die ihren Hunger nicht stillen können.
Schauen wir uns nochmals Europa an: Während im Osten eine ungeduldig begrüsste, aber schnell in sich zusammenfallende Öffnung Hoffnungen auf ein Ende der Blockspaltungen, auf Wohlstand und Freiheit (zuerst einmal Reise- und Konsumfreiheit) weckte, begann das um die EG zentrierte Europa mit seinen zugewandten Staaten – inklusive der Schweiz –, festungsmässige Vertragswälle gegen den befürchteten Zustrom von Armen und Vertriebenen aufzubauen. Diese Architektur der Einigelung richtet sich zugleich gegen potentielle Menschenströme aus dem Osten wie gegen diejenigen aus dem Süden, gegen diejenigen aus der – wie es bezeichnenderweise heisst –, «Zweiten» und «Dritten», der «zweitrangigen» und der «drittrangigen» Welt.
Schon 1985 hatte die EG-Kommission beschlossen, gemeinsame europäische «Verwaltungsmassnahmen» im Asylbereich festzulegen. Im gleichen Jahr unterschrieben die Benelux-Staaten, Frankreich und die Bundesrepublik das «Erste Schengener Abkommen», das den schrittweisen Abbau der innerstaatlichen Grenzkontrollen und die Harmonisierung und Verschärfung der Aussengrenzen beinhaltete. Fortan sollte nur noch ein Vertragsstaat für die Bearbeitung eines Asylgesuchs zuständig sein. Ausweichmöglichkeiten für abgewiesene Asylsuchende sollten zunehmend reduziert werden, zumal beschlossen wurde, nicht nur Informationen über Verfahrensfragen, sodern auch über personenbezogene Daten auszutauschen. Die Einführung eines einheitlichen Visums wurde angestrebt.

Die Schere wird enger

Die Schere wurde zunehmend enger, als 1990 auch Spanien, Portugal und Italien dem Schengener Abkommen beitraten. Spanien zum Beispiel führte die Visumpflicht für nordafrikanische Asylsuchende ein. Hunderte, wenn nicht Tausende

* Maja Wicki, Philosophin und Journalistin, arbeitet gegenärtig für die schweizerische Flüchtlingshilfe



ertranken beim Versuch, mit Fischerbooten illegal vom Meer her Spanien zu erreichen. Griechenland erwägt seinen Beitritt zum Abkommen, Dänemark führt entsprechende Verhandlungen. England hat im Sommer 1991 erklärt, seine Einreisebestimmungen nach Massgabe der Schengener Bestimmungen zu verschärfen. Diese wurden 1990 im sogenannten zweiten «Schengener» und im «Dubliner» Abkommen ausgeweitet.
Mitte Februar dieses Jahres haben sich in Budapest an einer Ministerkonferenz, an der 35 europäische Staaten teilgenommen haben, die meisten Delegationen, darunter auch Bundesrat Arnold Koller, für verschärfte koordinierte Massnahmen gegen die «illegale Zuwanderung» und das damit verbundene Schlepperwesen ausgesprochen. Nur so gelänge es, «die Probleme der Migration in den Griff zu bekommen».

Alles im Griff?

Es stellt sich mit zunehmender Deutlichkeit heraus, dass für die europäischen Staaten, inklusive für die Schweiz, Menschen, die Aufnahme suchen, als innerstaaliches Problem erfasst werden, das es gilt, «in den Griff zu bekommen». Das heisst, dass nicht in erster Linie die zu Flucht und Migration zwingenden Bedingungen in den Herkunftsländern als das massgebliche Problem erkannt werden, das zu beheben dringend notwendig wäre.
Um das «Problem in den Griff zu bekommen», denken sich – scheinbar – ernstzunehmende Profis Lösungen aus, die nachdenklich stimmen: So schlägt etwa der Nobelpreisträger für Ökonomie von 1992, Gary S.Becker, vor, dass der Markt die Immigration regeln solle. Einwanderungsrechte sollten wie andere Güter nach dem Gebot von Angebot und Nachfrage gehandelt werden. Die Preise für Visa sollten in jährlichen Versteigerungen ermittelt werden. Diese Einwanderer, meint Becker, wären dann auch motiviert, sich entsprechend dem Eintrittspreis nützlich zu machen, sich anzupassen und eben nicht als «Schmarotzer» zu gelten.
Bei all diesen Vertragswerken und Lösungsvorschlägen wird eine wichtige Tatsache unter den Tisch gewischt: dass Europa, dass alle europäischen Länder sich längst zu ethnisch und kulturell vielfältig gemischten Gesellschaften entwikkelt haben, zu jener «Heimat Babylon», wie Thomas Schmid sie nennt, die nicht mehr entwirrt werden kann, in der und mit der besser zu leben – gut zu leben – wir lernen müssen, wofür wir unsere ganze kreative Vernunft einsetzen müssen.

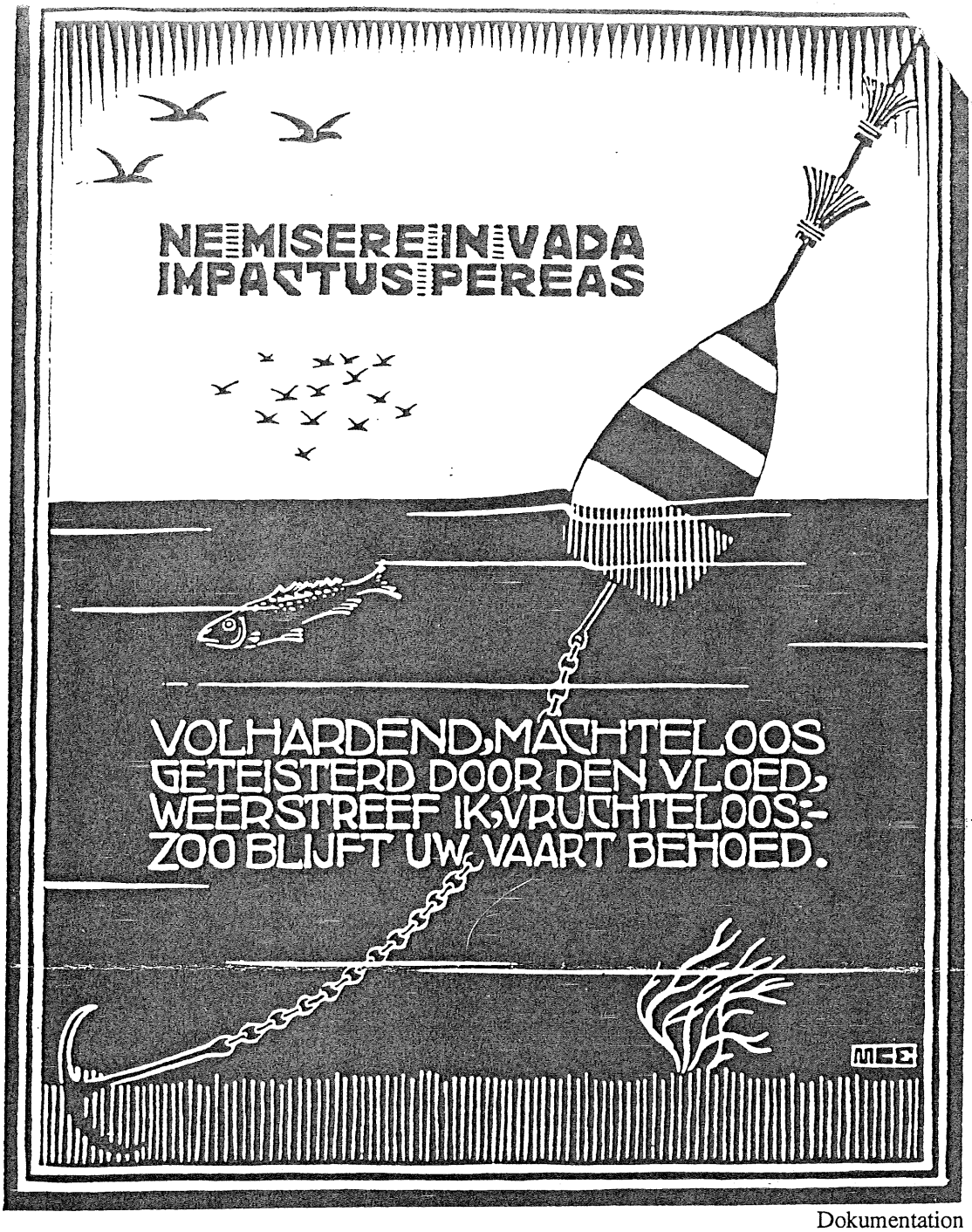
Fragen an die Zukunft

Die politischen Tendenzen, wie sie sich gegenwärtig abzeichnen, zwingen uns, eine Reihe von Fragen zu stellen. Sie haben mit drei Bereichen zu tun:

(1) *Die Entwicklung im Innern Europas*
- Ist es gutzuheissen, dass die herkömmlichen Nationalstaaten sich zu einem politischen und wirtschaftlichen europäischen Grossraum zusammenschliessen, der sich so den Charakter eines Mega-Nationalstaates ohne innere Grenzen gibt?
- Was geschieht dabei mit den nichtstaatlichen Nationen? Bedarf es nicht einer paritätische Integration der nicht-staatlichen Nationen, um zu verhindern, dass Nationalitätenkonflikte sich zu Kriegen um Staatsgrenzen entwickeln?

(2) *Die Entwicklung gegen aussen*
- Ist die zunehmende Abschottung Europas der einzige vertretbare Weg? Oder gibt es eine andere Option: ein Europa, das sich als Teil der Welt erklärt und bereit ist, auf seine privilegierte Stellung zu verzichten?
- Kann die Schweiz für Europa als Modell dienen?

(3) *Die Frage der Multikulturalität*
- Was braucht es, um die Option der «multikulturellen» Gesellschaft zu verwirklichen, das heisst die gleichberechtigte Existenz verschiedener Kulturen nebeneinander, auch derjenigen von Minderheiten?
- Was braucht es, damit verschiedene Kulturen sich innerhalb einer Gesellschaft integrieren können, damit nicht Assimilation und damit ein diffuser Einheitsbrei nach dem Diktat der stärksten Gruppe das Endprodukt kulturellen Zusammenlebens ist?
- Braucht es politische und gesetzliche Absicherungen, damit Kultur ihrem Anspruch gerecht werden kann, ein kreatives, friedliches, innovatives und zugleich wertgestütztes Zusammenleben verschiedenster Menschen und Gruppen zu ermöglichen? Müssen, zum Beispiel, die Menschenrechte als überkultureller Konsens angenommen werden?
- Könnte die europäische Einheit eine echte – auch kulturelle – Chance gegen die heute sich verstärkenden segregationistischen Nationalismen und Patriotismen sein, etwa indem ein europäischer «Verfassungspatriotismus» im Sinn von Habermas sich entwickeln könnte?
- Wie können irrationale Strömungen in einer Gesellschaft wie der unseren, heutigen, im Sinn der Demokratie beeinflusst – nicht gesteuert – werden?
- Genügt die Demokratie, um den enormen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben gerecht zu werden?



Die Illustrationen in dieser Dokumentation stammen von M.C. Escher. Sie sind dem Buch «Leben und Werk. M.C. Escher» (Rheingauer Verlagsgesellschaft, Eltville am Rhein 1986) entnommen.

Dokumentation

Die Andere Schweiz am Zug

250 Personen trafen sich am 4. April zum 3. Zuger Symposium für eine andere Schweiz in einem demokratischen Europa. Wir dokumentieren in dieser BRESCHE drei der dreizehn behandelten Themen: Multikulti, Verkehr und Soziales. Vormittags äusserten sich die Schweizerin Maja Wicki in einem Einleitungsreferat und die Bosnierin Nina Golder, die Iranerin Navide Fröhlich, der Ungar György Dalos und der Westdeutsche Thomas Schmid zum Thema «Multikulturelles Europa statt Festung Westeuropa». Auf dieses Podium konzentrierte sich die Kritik des ehemaligen Zuger Stadtbeobachters und Basler Schriftstellers Martin Dean. Während er sich am «geradezu ermüdenden Konsens» stiess, fiel der Tagesanzeiger-Redaktorin Sylvia Egli von Matt eine «Ratlosigkeit – auch über die Rolle der Linken» auf. Das Symposium war ein Spiegel, nicht ein Bluff der «Anderen Schweiz».

Zum Thema Verkehr bringen wir die grundsätzlichen Thesen des Basler Geographen Christian Zeller, ein Plädoyer des Netzwerks UmVerKehr für eine Halbierungs-Initiative und einen Beitrag von Rita Huwiler zur Alpen-Initiative. Die Beiträge zur Sozialpolitik stammen von den drei im Sozialbereich tätigen Jitka Röthlisberger (Sozialvorsteherin Cham), Ueli Mäder (Uni Basel) und Anne Mäder (Soz-Dozentin in Zürich).

B 11

Auszüge aus dem Podium

Gegen eine Festung Westeuropa

Die erste Hälfte des Zuger Symposiums bestand in einem von der Zürcher Philosophin Maja Wicki geleiteten Podium, an dem die bosnische Dichterin Nina Golder, die im letzten Moment für die erkrankte Cinar Dilek eingesprungene Iranerin Navide Fröhlich, der ungarische Schriftsteller György Dalos und Thomas Schmid vom Frankfurter Dezernat für multikulturelle Angelegenheiten teilnahmen. Wir geben auszugsweise die Beiträge der PodiumsteilnehmerInnen wieder. Die Diskussion mit dem Publikum, die wir aus Platzgründen kürzen mussten, befasste sich wesentlich mit Thomas Schmids Forderung nach einer «Politik des Teilens». Die Redaktion des Textes besorgte Josef Lang.

György Dalos: Der Westen hat seinen Spiegel verloren

Ich komme aus dem Osten und ich möchte hier über den Westen sprechen. Die westliche Welt hat ihren Spiegel verloren. Es gab für die westliche Welt den Kommunismus als Spiegel und in diesem Spiegel sah die westliche Zivilisation, Kultur, Ökonomie und Politik wunderschön aus. Im Vergleich erschien sie als leistungs-, entwicklungs- und innovationsfähig.

Es gab zwischen den beiden Blöcken eine Art Gesellschafts- oder Vergleichsspiel. Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir erinnern sich an diese Tage von 1956, wo alle im Westen die Linken gefragt haben: Was ist in Budapest? Worauf die Linken zurückgefragt haben: Und was ist im Suez? Wenn es darum ging, dass in den USA die Arbeitslosigkeit höher wurde, sprach man von der Dissidentenverfolgung im Osten. Und wenn es um das Abtreibungsgesetz in Irland ging, sprach man von den Schlangen vor den Lebensmittelläden in Warschau. Die parallelen Feindbilder in den beiden Welten ergänzten sich.

Jetzt ist es mit den Feindbildern vorbei. Es macht keinen Sinn mehr, die Schaufenster von Stockholm mit denen von Tirana zu vergleichen. Es gibt jetzt nur noch reichere und ärmere Länder, glücklichere und weniger glückliche Länder. Diese Konstellation lässt auch den Westen in neuem Lichte erscheinen. Wenn wir heute mehr von den grossen sozialen und wirtschaftlichen Problemen in den USA reden, so tun wir dies nicht, weil sie in den letzten Jahren viel grösser geworden wären. Allein die Tasache, dass das Reich des Bösen verschwunden ist, lässt die genannten Probleme grösser erscheinen als vorher.

Ich sehe die Ausländerpolitik der freien, demokratischen und zivilisierten Staaten des Westens ziemlich pessimistisch. Ich glaube das mildeste, was sich von der besagten Politik sagen lässt, ist, dass sie nicht zu den erwähnten Ergebnissen führen wird. Man kann natürlich Quoten auferlegen, man kann Menschenmassen nicht einlassen wollen. Aber man kann nicht das globale Problem lösen. Und das zeigt sich vor allem an dem Verhältnis der europäischen Staaten zu den neu demokratisch gewordenen östlichen Staaten.
Ich sehe eine Tendenz: Man versucht aus jenen Ländern, die relativ erfolgreicheren oder glücklicheren auszuwählen. So haben Polen oder die tschechische Republik oder Ungarn relativ grössere Chancen, sich der EG anzunähern, währenddessen die Staaten südlich von Ungarn von Westeuropa immer noch als ein einziges Armenhaus behandelt werden. Das heisst, es gibt schon bestimmte Zeichen der Integration für unsere etwas nördliche gelegenen ehemaligen Ostblock-Länder, es gibt aber gleichzeitig neuen Druck zwischen den technisch und kulturell entwickelteren und der Südflanke.

In dieser ziemlich phantasielosen Zweiteilung des ehemaligen Ostblocks sehe ich einer der Quellen des Chaos im Süden. Und dieses Chaos bedroht nicht nur die benachbarten Länder des ehemaligen sozialistischen Lagers. Sie bedroht ganz Europa. Die Ohnmacht, mit welcher die USA und Westeuropa die jugoslawische Krise nicht lösen können, ist für mich nur die Fortsetzung der Ohnmacht gegenüber dem ganzen nachkommunistischen Chaos. Und wenn man die Politiker fragt, hört man immer Geldsummen, beispielsweise wieviele Milliarden hätte Russland gebraucht, um seine Ökonomie in Ordnung zu bringen. Es gibt eine gewisse, für die ganze östliche Zivilisation und Kultur typische Enge der Sichtweise. Man kann nicht alles mit Summen ausdrücken.

Es geht jetzt darum, wirklich einen Integrationsprozess für diese Länder aufzubauen. Das heisst, das Ausländerproblem beginnt nicht erst, wenn die Leute um Asyl ersuchen. Das Ausländerproblem beginnt dort und dann, wo und wann noch die Leute zu Hause sind und irgendwie versuchen, ihr Leben zu ordnen. Was mir fehlt seitens des Westens, ist die Phantasie, diese Probleme zu lösen und bei der Lösung dieser Probleme irgendwie zu helfen.

Nina Golder: Angst auf beiden Seiten

Vor 22 Jahren bin ich von Bosnien weggegangen. Die erste Zeit habe ich in Deutschland gelebt. An die Zeit erinnere ich mich als das, was man als Ausländer

B 11

Auszüge aus dem Podium

Gegen eine Festung Westeuropa

Die erste Hälfte des Zuger Symposiums bestand in einem von der Zürcher Philosophin Maja Wicki geleiteten Podium, an dem die bosnische Dichterin Nina Golder, die im letzten Moment für die erkrankte Cinar Dilek eingesprungene Iranerin Navide Fröhlich, der ungarische Schriftsteller György Dalos und Thomas Schmid vom Frankfurter Dezernat für multikulturelle Angelegenheiten teilnahmen. Wir geben auszugsweise die Beiträge der PodiumsteilnehmerInnen wieder. Die Diskussion mit dem Publikum, die wir aus Platzgründen kürzen mussten, befasste sich wesentlich mit Thomas Schmids Forderung nach einer «Politik des Teilens». Die Redaktion des Textes besorgte Josef Lang.

György Dalos: Der Westen hat seinen Spiegel verloren

Ich komme aus dem Osten und ich möchte hier über den Westen sprechen. Die westliche Welt hat ihren Spiegel verloren. Es gab für die westliche Welt den Kommunismus als Spiegel und in diesem Spiegel sah die westliche Zivilisation, Kultur, Ökonomie und Politik wunderschön aus. Im Vergleich erschien sie als leistungs-, entwicklungs- und innovationsfähig.

Es gab zwischen den beiden Blöcken eine Art Gesellschafts- oder Vergleichsspiel. Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir erinnern sich an diese Tage von 1956, wo alle im Westen die Linken gefragt haben: Was ist in Budapest? Worauf die Linken zurückgefragt haben: Und was ist im Suez? Wenn es darum ging, dass in den USA die Arbeitslosigkeit höher wurde, sprach man von der Dissidentenverfolgung im Osten. Und wenn es um das Abtreibungsgesetz in Irland ging, sprach man von den Schlangen vor den Lebensmittelläden in Warschau. Die parallelen Feindbilder in den beiden Welten ergänzten sich.

Jetzt ist es mit den Feindbildern vorbei. Es macht keinen Sinn mehr, die Schaufenster von Stockholm mit denen von Tirana zu vergleichen. Es gibt jetzt nur noch reichere und ärmere Länder, glücklichere und weniger glückliche Länder. Diese Konstellation lässt auch den Westen in neuem Lichte erscheinen. Wenn wir heute mehr von den grossen sozialen und wirtschaftlichen Problemen in den USA reden, so tun wir dies nicht, weil sie in den letzten Jahren viel grösser geworden wären. Allein die Tasache, dass das Reich des Bösen verschwunden ist, lässt die genannten Probleme grösser erscheinen als vorher.

Ich sehe die Ausländerpolitik der freien, demokratischen und zivilisierten Staaten des Westens ziemlich pessimistisch. Ich glaube das mildeste, was sich von der besagten Politik sagen lässt, ist, dass sie nicht zu den erwähnten Ergebnissen führen wird. Man kann natürlich Quoten auferlegen, man kann Menschenmassen nicht einlassen wollen. Aber man kann nicht das globale Problem lösen. Und das zeigt sich vor allem an dem Verhältnis der europäischen Staaten zu den neu demokratisch gewordenen östlichen Staaten.
Ich sehe eine Tendenz: Man versucht aus jenen Ländern, die relativ erfolgreicheren oder glücklicheren auszuwählen. So haben Polen oder die tschechische Republik oder Ungarn relativ grössere Chancen, sich der EG anzunähern, währenddessen die Staaten südlich von Ungarn von Westeuropa immer noch als ein einziges Armenhaus behandelt werden. Das heisst, es gibt schon bestimmte Zeichen der Integration für unsere etwas nördliche gelegenen ehemaligen Ostblock-Länder, es gibt aber gleichzeitig neuen Druck zwischen den technisch und kulturell entwickelteren und der Südflanke.

In dieser ziemlich phantasielosen Zweiteilung des ehemaligen Ostblocks sehe ich einer der Quellen des Chaos im Süden. Und dieses Chaos bedroht nicht nur die benachbarten Länder des ehemaligen sozialistischen Lagers. Sie bedroht ganz Europa. Die Ohnmacht, mit welcher die USA und Westeuropa die jugoslawische Krise nicht lösen können, ist für mich nur die Fortsetzung der Ohnmacht gegenüber dem ganzen nachkommunistischen Chaos. Und wenn man die Politiker fragt, hört man immer Geldsummen, beispielsweise wieviele Milliarden hätte Russland gebraucht, um seine Ökonomie in Ordnung zu bringen. Es gibt eine gewisse, für die ganze östliche Zivilisation und Kultur typische Enge der Sichtweise. Man kann nicht alles mit Summen ausdrücken.

Es geht jetzt darum, wirklich einen Integrationsprozess für diese Länder aufzubauen. Das heisst, das Ausländerproblem beginnt nicht erst, wenn die Leute um Asyl ersuchen. Das Ausländerproblem beginnt dort und dann, wo und wann noch die Leute zu Hause sind und irgendwie versuchen, ihr Leben zu ordnen. Was mir fehlt seitens des Westens, ist die Phantasie, diese Probleme zu lösen und bei der Lösung dieser Probleme irgendwie zu helfen.

Nina Golder: Angst auf beiden Seiten

Vor 22 Jahren bin ich von Bosnien weggegangen. Die erste Zeit habe ich in Deutschland gelebt. An die Zeit erinnere ich mich als das, was man als Ausländer

Die TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion:
György Dalos, Navide Fröhlich, Maja Wicki, Nina M. Golder, Thomas Schmid

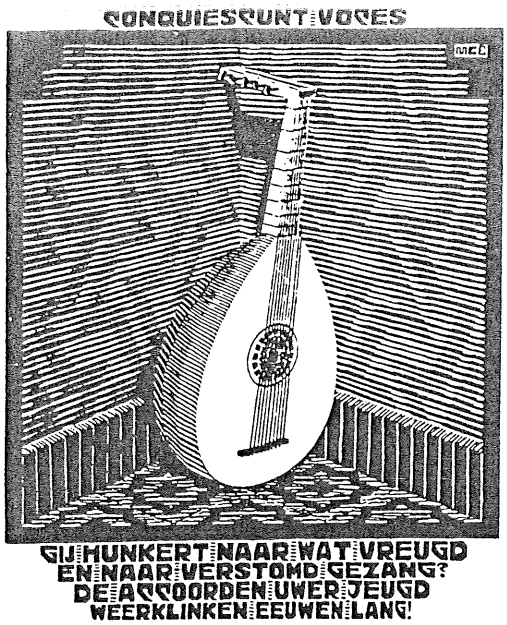
oder Ausländerin bezeichnet. Etwas, was mir sehr aufgefallen ist in der Zeit, war das grosse Misstrauen, das mir persönlich entgegengebracht worden ist. Darüber gesprochen wurde aber sehr wenig. Es war immer klar, wohin jemand gehört, aber uninteressant, woher jemand kommt. Das war auch in bezug auf die Kultur, die jeder einzelne mit sich bringt, und wo er selten die Gelegenheit bekommt, sich zu erklären, wer jemand ist und was er an Kultur mit sich bringt. Es war auch schwer, die Kultur eines Landes wie Deutschland zu erfassen. Allein die sprachliche Barriere ist sehr schwierig zu überwinden. Und es braucht lange Zeit, bis jemand nicht nur fähig ist, gut deutsch zu sprechen, sondern auch die eigene Sprache in eine neue Spache umzuwandeln und trotzdem den Menschen zu begegnen, dass sie selber einen verstehen und wir verstehen, was sie meinen.

Die letzten 10 Jahre, die ich in der Schweiz lebe, empfinde ich dieses Ausländer-Dasein nicht so stark wie in Deutschland. Auch weil ich einiges gelernt habe, Menschen zu beobachten und ihnen zu begegnen und vor ihnen weniger Angst zu haben. In Zürich, wo ich lebe, im Kreis 4, ist es fast unumgänglich, den vielen verschienen Kulturen zu begegnen, den verschiedenen Hautfarben, Religionen. Ich glaube, dass das gut funktioniert, solange diejenigen, die das Sagen haben im Land, wo man sich befindet, sich irgendwie nicht gestört fühlen in ihren kleinen Bereichen, in denen sie leben und aufgewachsen sind. «Die Leute können schon da sein, aber irgendwie so, wie wir uns das gewöhnt sind.» Dadurch entsteht wieder eine Angst auf beiden Seiten. Ich weiss nicht, was man sich da wegnimmt, denn soviel wie man wegnimmt, soviel bekommt man auch.

Navide Fröhlich: Neues Lernen von den Anderen

Seit 13 Jahren lebe ich hier in der Schweiz. Ich fühle mich immer noch als Ausländerin, die immer wieder auffällt. Es kann durch Aussehen sein, durch die Sprache, die ich mit meinen Kindern spreche, oder den Duft der fremden Küche, den ich im Treppenhaus ausbreite. Ich komme aus dem Iran von einem sogenannten multikulturellen Staat. Es leben dort viele Ethnien, viele verschiedene Religionen. In Teheran steht eine Kirche neben einer Synagoge und neben mehreren Moscheen natürlich. Ich frage mich immer wieder, wie würde das hier in der Schweiz funktionieren, wo die Leute sogar die Ausländer unterschiedlich schubladisieren. Es gibt Fremde und Fremde. Es gibt eine Ausländerin, die dazu noch eine Moslemin ist, aber sie trägt kein Kopftuch. Eine andere trägt ein solches Kopftuch. Es gibt solche, welche die Sprache besser sprechen und solche, die sie nach 20 Jahren noch nicht sprechen. Es gibt Christen, solche aus dem europäischen und solche von ausserhalb dieses Kulturkreises.

Solange diese Schubladisierung funktioniert, solange man nur diese Unterschiede sieht, aber nicht die Gemeinsamkeiten, wie sollen wir da miteinander leben können? Im Iran haben wir es bisher geschafft, dass wir nebeneinander 196 auch im gleichen Haus 196 leben können. So können wir auch viel mehr lernen. Wenn ich bedenke, was ich die letzten 13 Jahre gelernt habe, dann war es eine lehrreiche Zeit. Wenn ich aber bedenke, was ich von den anderen noch alles lernen könnte, dann habe ich vieles verpasst und noch vieles nachzuholen, bevor es zu spät ist. Hier kann die Basis sein für eine multikulturelle Gesellschaft: wo liegen die



Ähnlichkeiten und wo kann ich etwas Neues lernen von den anderen.

Thomas Schmid: Es braucht eine Politik des Teilens

Ausgehend von der Situation in der alten Bundesrepublik will ich auf ein Gefühl eingehen, das es in ganz Westeuropa gibt, das in Deutschland vielleicht etwas zugespitzter ist. Es gibt eine grosse Unzufriedenheit, die lagerübergreifend ist. Das betrifft sowohl in extremer Form die Wählerschaft der Republikaner, deren Motive hauptsächlich genährt sind von der Besitzstandwahrung. Das betrifft aber auch unsere Leute, die Linken, die beleidigt sind, dass die geordneten Verhältnisse der Bundesrepublik vorbei sind und nun ein etwas rauherer Wind weht. Es hat damit zu tun, was Alain Minc in seinem Buch «Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa« (Hamburg 1992) gesagt hat. Wir merken plötzlich, dass wir Chancen, die wir in den letzten viereinhalb Jahrzehnten gehabt haben, nicht wirklich genutzt haben.

Die wichtigsten zwei sind die nachnationale Integration Europas, was wir in 40 Jahren nicht hinbekommen haben, und das politische und bewusstseinsmässige Anerkennen der multikulturellen Wirklichkeit Europas. Die Rechnung wird uns heute präsentiert in Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Abwendung von Europa, und zwar in einer völlig neuen Situation. Was heute den europaweiten Rechtsextremismus und dessen Motive ausmacht, müssen wir genau erforschen. Wir dürfen uns nicht mit den einfachen Erklärungen eines traditionellen Antifaschismus zufrieden geben.
Beispielsweise tritt die Lega Nord in ihrem Maximalprogramm dafür ein, im Moment der europäischen Einigung Italien in drei Teile zu zerlegen. Dabei lautet ihr Argument: Mehr als hundert Jahre Nationalstaat haben keine wirkliche Integration der drei Teile zustande gebracht. Alle Bemühungen, vor allem die wirtschaftliche Förderung des Mezzogiorno nach dem Zweiten Weltkrieg, haben nichts gefruchtet. Lassen wir dieses süditalienische Afrika in sich ruhen und schliessen wir uns dem prosperierenden Europa an. Diese Bewegung wird nicht nur von Rechtsextremen unterstützt, sondern auch von etlichen Personen, die aus der Tradition von 1968 kommen. Das heisst, im Moment, wo Europa sich zusammenschliesst, findet gleichzeitig eine Gegenbewegung statt. Unübersehbar ist das im ehemaligen Jugoslawien, auch in der Tschechoslowakei oder in Belgien.

Genau erforschen müssen wir auch die starken Tendenzen, eine Festung Westeuropa zu konstruieren. Bestärkt werden diese durch die rechtspopulistischen Bewegungen, welche die politischen Klassen geradezu vor sich hertreiben. Diese Politik ist einerseits unter allen moralischen und ethischen Massstäben eine Zumutung; die Abschottung und Hartherzigkeit, die katastrophale Folgen haben wird, muss konsequent bekämpft werden. Dazu kommt, dass diese Politik gar nicht gelingen kann. Es gibt keine demokratischen Mittel, die Einwanderung aus Ost und Süd zu verhindern.

Es wird nicht mehr hauptsächlich darum gehen, Wachstumszuwächse zu verteilen, sondern es wird eher um eine Politik des Teilens gehen, was auch mit Armut zu tun hat. Es wird eine Politik des Teilens geben müssen zwischen Osteuropa und Westeuropa, aber auch des Nordens mit dem Süden. Diese Politik des Teilens muss auch eingeleitet werden, damit dem Migrationsdruck ein Teil seiner Brisanz genommen wird.

Wie Maja Wicki bereits betont hat, ist jede multikulturelle Gesellschaft, ob es diese überhaupt gibt, können wir nachher noch diskutieren, eine Konflikt-Gesellschaft,.in der Werte erstmal aufeinander geraten, wo ein neuer Konsens hergestellt werden muss. Ich plädiere für ein Europa oder eine Bundesrepublik Deutschland, die nicht den illusionären Versuch machen, sich aus den Konflikten dieser Welt rauszuhalten. Ich bin für eine Gesellschaft, die Türen hat, die zugänglich wird für Menschen, für Bürgerinnen und Bürger anderer Länder. Das scheint mir die sicherste Voraussetzung zu sein, auch um das Gespenst des ethnisch motivierten Konfklikts oder das Gespenst des Nationalismus in einem föderalen Europa zu überwinden.

Alle Versuche, heissen sie nun Schengen oder Dublin, Migration radikal zu unterbinden, führten genau zum Gegenteil. Man muss aber auch sehen, dass Konflikte, die es in Einwanderungsgesellschaften gibt – das beste Beispiel sind die USA –, auf der einen Seite zwar im allergrössten Fall eingebildete Konflikte sind, jede Gesellschaft verträgt viel mehr an Einwanderung und Multikulturalität, als sie selber glaubt. Aus der Geschichte der Migrationen gibt es dafür Tausende von Beispielen.

Aber die Konflikte sind andererseits, weil sie Angst auslösen, reale Konflikte, mit denen wir sehr ernsthaft und verantwortungsbewusst umgehen müssen. Die Parole «offene Grenzen« ist ganz sicher keine Antwort. Ich befürchte, dass gerade das dem Rechtsradikalismus neuen Auftrieb geben würde.

Diskussion B11

Die «Kräfte von unten» unterschätzt

Was ist heute das Dringlichste?*

Navide Fröhlich: Die Grundlage wäre eine Bewusstseinsbildung. So haben die Massenmedien eine wichtige Erziehungsrolle in der Gesellschaft. Dieses Lernen der gegenseitigen Toleranz meine ich nicht nur europäisch, sondern welthaltig.

Warum hapert es mit dem Dialog zwischen Ost und West?

György Dalos: Ich halte es für ratsam, die Kontakte zwischen Westeuropa und den neuen östlichen Staaten nicht auf die Regierungsebene zu beschränken. Es fehlt der normale Kontakt zwischen den Öffentlichkeiten, den gesellschaftlichen Institutionen. Selbst unter den ehemaligen Ostblockländern gibt es diese Kontakte kaum. Es ist paradox und rätselhaft, dass, seit wir die Reisefreiheit haben, die grenzübergreifenden Beziehungen schwächer geworden sind.

Hat es damit zu tun, dass ängstliche Abschottung stärker geworden ist? Was ist das Dringlichste, das dagegen zu tun ist?

Thomas Schmid: Beim Prozess der Integration Westeuropas wird deutlich, was da falsch gelaufen ist. Erstens war es falsch zu glauben, die politische Integration könne als Abfallprodukt der wirtschaftlichen Integration vor sich gehen. Der zweite kapitale Fehler war es anzunehmen, die Europhorie, die es in den 50er Jahren als Folge der Barbarei gegeben hat, reiche als Schubkraft, um Europa politisch zusammenzuzimmern. Die Meinung, Europa liesse sich über ein kabinettspolitisches Pokerspiel, in dem Gesellschaften, Kulturen, Individuen keine Rolle spielen, verwirklichen, fällt nun den Europa-Machern auf die Füsse. Wenn man sich den Maastrichter Vertrag anschaut und sieht, wie ernst, genauer unernst Probleme wie die Subsidiarität erörtert werden, dann wird die Angst vor dem Mega-Staat verständlich.

Es gibt heute nur zwei Konzeptionen von Europa, das Europa der Regionen, wo die Frage der Staatlichkeit nicht geregelt ist, und das Europa der Vaterländer de Gaulles. Beide Ideen sind keine politische Antwort im Sinne einer Föderation oder des Kantschen Foedus pacificum. Es bleibt ungeklärt, welche Rolle die bisherigen Nationalstaaten, ihre Regionen, Länder spielen. In der ganzen bisherigen Europa-Debatte hat das keine Rolle gespielt, da haben die politischen Klassen versagt. Es ist heute ihre, aber vor allem die Aufgabe der Gesellschaften, sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Ganz allgemein bin ich betreffs westeuropäischer, geschweige denn ost-westlicher Integration eher pessimistisch. Ich sehe die politischen Kräfte nicht, die mehr als Status quo verwalten werden. Ich erwarte mehr Impulse aus den Gesellschaften, auch den unteren Einheiten. Was eine Politik bedeutet, die nur die vorgegebenen Probleme verwaltet, zeigt sich in der Bundesrepublik am Beispiel der Asylpolitik. Obwohl seit Mitte der 80er Jahre klar war, dass die Zahl der Asylsuchenden vor allem aus dem Osten steigen wird, hat die offizielle Politik das nicht zur Kenntnis genommen und sich und die Gesellschaften auch nicht darauf vorbereitet und hat so, indem sie die Probleme einfach der Gesellschaft überliess, die Chancen der Integration untergraben. Wo sich Kommunen ernsthaft und rechtzeitig um das Problem gekümmert haben, wo die Flüchtlinge den BürgerInnen als konkrete Menschen erschienen, war der Integrationswille viel höher, gab es sogar CSU-Gemeinden, die Flüchtlinge verteidigt haben. Auch wenn ich kein genereller Ideologe des Von-unten bin, werden diese Kräfte systematisch unterbewertet.

Wie können wir ein demokratisches, chancengleiches Europa gestalten, in dem auch die benachteiligten, sich ausgegrenzt fühlenden einheimischen Menschen ihren Platz haben?

Nina Golder: In letzter Zeit stelle ich fest, dass es keinen Supercode mehr gibt, um den herum sich breite Öffentlichkeiten verständigen können. Dieser Verlust passierte in dem Moment, wo wir begonnen haben, über Multikulturalität nachzudenken. In dieser Multikultur wird es sehr schwierig sein, einen gemeinsamen Code zu finden, der uns hilft, gemeinsame Antworten auf die Probleme zu finden.

Aber ist der Code nicht schon immer etwas für Eingeweihte? Für mich stellt sich immer wieder die Frage der gerechten Subsistenz-Verteilung, der Entwicklungsmöglichkeit der einzelnen Individuen, die bereit sind, sich gesellschaftlich, gemeinschaftlich zu engagieren. Solange die individuellen Bedürfnisse nicht befriedigt sind, ist die Bereitschaft, für die Gesellschaft da zu sein, viel geringer. Wie können wir an der Basis, von unten ansetzen im Aufbau dieses multikulturellen Europas, welches die grossen Verlust-Ängste nicht mehr nötig hat?

* Bei den kursiv gesetzten Passagen handelt es sich um die Fragen von Maja Wicki.

Stegreif-Statement des alt Stadtbeobachters Martin R. Dean

Ein geradezu ermüdender Konsens

«Während die prosperierende Moderatorin und der ebenfalls erfolgreiche Deutsche sich unterhalten, gähnt der Ungar multikulturell.»
Mit diesem Satz überschrieb Martin R. Dean seine Beobachtungen am Zuger Symposium und brachte damit auf den Punkt, was an der Podiumsdiskussion zum Thema «Multikulturelles Europa statt Festung Westeuropa» diskutiert wurde.

Verehrte Anwesende,

ich habe ein Jahr lang Zug und die Zugerinnen und Zuger beobachtet. Nun hat man mich mit der Bitte hierherbestellt, dieses Symposium zu beobachten. Da auch ein Beobachter nur an einem Ort sein kann, beschränken sich meine Beobachtungen notgedrungen auf eine, zwei Gesprächsrunden.

Nicht um den glasklaren Durchblick sollte es gehen, hat uns Jo Lang bei der Eröffnung gesagt. Nun gut.

Fehlende Visionen

Bei der Gesprächsrunde von heute morgen habe ich festgestellt, dass ein in seinem Ausmass geradezu ermüdender Konsens herrscht. Die Sachlage ist komplex und der erste Konsens zeichnete sich bald bezüglich des Fehlens von Visionen ab. Keine definitiven Lösungen, hiess das Losungswort.

Konsens herrscht bei uns allen darüber, dass das offene Haus, das Gorbatschow in Aussicht gestellt hat, durch die nationalistischen Ausbrüche in ein Leidenhaus, durch die rechtsextremen Gewaltexzesse in ein brennendes Asylheim verwandelt worden ist.

Konsens auch darüber, dass Europa sich mit den Schengener Abkommen zusehends von den nach Eintritt suchenden Menschen abschirmt.

Mit György Dalos herrscht Einigkeit, dass uns im Westen der Spiegel, den die Ostdiktatoren abgaben, verlorengegangen ist.

Mit Thomas Schmid gehen wir einig in der Feststellung, dass es in der Schweiz wie in anderen europäischen Staaten eine multikulturelle Gesellschaft längst gibt.

Und dann fragte jemand, ob man statt multikulturell nicht einfach auch kulturell sagen könnte.

Weiter herrschte Übereinstimmung, dass es die europäischen Staaten versäumt haben, eine Ausländer- und Asylpolitik zu formulieren, die ihren Namen verdient hätte.

Welche Immigrationspolitik?

Da fragte ich mich, wie denn so eine Immigrationspolitik auszusehen hätte.

Mit grossem Konsens wurde formuliert, dass die aus der Fremde kommenden Menschen freiheitlich und paritätisch integriert werden müssten. Integriert in die grosse freiheitlich paritätische Demokratie. Thomas Schmid meinte dann, dass die multikulturelle Gesellschaft zur Deregulierung neige. Also wäre die grosse, freiheitliche, paritätische Integrationen nicht mehr so gross. Oder so freiheitlich.

Und dann erzählte Frau Golder aus ihren Erfahrungen in Zürich, Kreis vier. Ich wunderte mich, dass beide Frauen, auch Frau Fröhlich, vor allem persönliche Erfahrungen vortrugen, während die Männer, Dalos und Schmid, ihre Realvisionen und Beiträge weitgehend persönlichkeitserfahrungsgereinigt von sich geben konnten.

Ich wunderte mich, wie es geschehen konnte, dass nie jemand heute morgen dem andern eine Antwort auf eine gestellte Frage geben konnte. Das Podium war weitgehend monoman, und das, was man ein Gespräch nennen könnte, fand nicht statt. Das Podium war vielleicht allzusehr mit der Konsensverkündung beschäftigt.

Ich hätte zum Beispiel gerne gefragt, was das ist: solidarische Integration. Ich hätte auch gerne gewusst, was das heisst: Ausländer werden vertikal unterschichtet.

Aber ich fragte mich natürlich auch, ob man immmerzu so grosse Wörter benutzen darf, ohne sie auch nur einmal zu hinterfragen. – Haben vielleicht die beiden Frauen mit ihren persönlichen Erfahrungsberichten versucht, gerade diesen grossen Wörtern auszuweichen?

Ich vernahm, allerdings mit ziemlich mulmigem Gefühl, auch hier die Wörter Asylant statt asylsuchender Mensch. Ich hörte von Menschenmassen und Flüchtlingswellen. – Solange die Wörter verräterisch bleiben, können wir nicht umhin kommen, das durch sie sich formulierende Denken in Frage zu stellen.

Demokratie

Demokratie. – Seit der letzten FDP-Versammlung habe ich nie mehr jemand so sorglos und apologetisch von Demokratie reden hören. – Musste da wirklich wieder die Frau aus dem Iran kommen,

Ein geradezu ermüdender Konsens

Stegreif-Statement des alt Stadtbeobachters Martin R. Dean

die sagte, dass ihr Demokratie auch suspekt ist.

Natürlich bin ich ungerecht, ich sass ja auch nicht auf dem Podium.

Aber gerne hätte ich, über die politisch-juristische Zubereitung einer Multikulti-Gesellschaft, etwas über die Mythen und Weltbilder gehört, mit denen man dauernd Eigenes in Fremdes umwandelt. Gerne hätte ich etwas über die Fremdenmachermentalität gehört.

Denn die Mentalitäten ändern sich nicht durch Notwendigkeiten, wie Frau Wicki dies etwas salopp formulierte und der auf's Realpolitische hypostasierte Blick von Thomas Schmid es nahelegte. Wenn, dann hätte die Notwendigkeit die Mentalität in diesem Land schon längst ändern müssen.

Vielleicht vermisste ich, zum Schluss, auch das eine oder andere Wort über den Zustand unserer und der europäischen Gesellschaften. Über den Zerfall der traditionalen Gesellschaft, über das immer wieder so formulierte Identitätsproblem und über die generelle Freisetzung von Gewalt.

Aber ich meine, dass es immerhin – wenn auch nicht ein Gespräch – so doch diese Fragen sind, die uns weiterhin beschäftigen werden müssen. Nur hoffe ich, dass die beredte Sprache, in der darüber nachgedacht und geredet wird, nicht mehr die eines Spiegels ist und dass das Gespräch auch bei denen stattfinden kann, die zum Gespräch einladen.

«Während die prosperierende Moderatorin und der ebenfalls erfolgreiche Deutsche sich unterhalten, gähnt der Ungar multikulturell.»
Mit diesem Satz überschrieb Martin R. Dean seine Beobachtungen am Zuger Symposium und brachte damit auf den Punkt, was an der Podiumsdiskus-

Konsens auch darüber, dass Europa sich mit den Schengener Abkommen zusehends von den nach Eintritt suchenden Menschen abschirmt.

Mit György Dalos herrscht Einigkeit, dass uns im Westen der Spiegel, den die

Männer, Dalos und Schmid, ihre Realvisionen und Beiträge weitgehend persönlichkeitserfahrungsgereinigt von sich geben konnten.

Ich wunderte mich, wie es geschehen konnte, dass nie jemand heute morgen